



# **Von einer Entwicklungsregion zur Zukunftsregion in Europa –**

## **Mecklenburg-Vorpommern zwischen Kontinuität und Wandel**

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten  
von Mecklenburg-Vorpommern,  
Dr. Harald Ringstorff,  
am 31. Januar 2007  
im Schweriner Landtag

Frau Präsidentin,  
meine Damen und Herren Abgeordnete,

in der Landtagswahl vom 17. September 2006 haben die Wählerinnen und Wähler zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern fünf Parteien in das neue Landesparlament gewählt. Unter Führung der SPD haben sich CDU und SPD zu einer Regierungskoalition für Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossen.

Diese Neuorientierung war nach dem Wahlergebnis vom 17. September 2006 notwendig geworden, um im Interesse des Landes stabile politische Verhältnisse zu gewährleisten. Bisher standen sich SPD und CDU in unterschiedlicher parlamentarischer Funktion gegenüber. Trotzdem konnte in kurzer Zeit ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre vereinbart werden. Dieses Programm gründet auf gemeinsamen Zukunftsvorstellungen. Es ist geprägt von dem festen Willen, unser Land, unsere Heimat, weiter voranzubringen.

Beide Koalitionspartner sind der Meinung, dass die ausgebrachte Saat der vergangenen Jahre die Chance haben muss, aufzugehen. Alles andere würden die Menschen nicht verstehen. Aber natürlich wird es auch politische Akzentverschiebungen und Verbesserungen geben. Auch das erwarten die Menschen. Es geht also um **Kontinuität und Wandel**.

### **Mecklenburg-Vorpommern ist auf dem Weg von einer Entwicklungsregion zur Zukunftsregion in Europa.**

Und dieses Ziel, meine Damen und Herren, müssen und können wir auch erreichen. Die Zukunft des Landes ist nirgendwo festgelegt. Es kommt auf uns an, was wir aus ihr machen! Mit unserem Engagement, unserem tagtäglichen Handeln und Selbstvertrauen entscheiden wir über die Zukunft des Landes. Unser Handeln macht den Unterschied. Darauf kommt es an.

Mit dem Koalitionsvertrag hat die neue Landesregierung die Richtung vorgegeben. Wir werden uns mit ganzer Kraft für das Land Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Stabilität, Verlässlichkeit und Stetigkeit sind für die Regierungspartner in den nächsten fünf Jahren die Voraussetzungen für eine gute Zusammenarbeit und für ein gemeinsames Gelingen. Auch die Wählerinnen und Wähler erwarten von der neuen Regierung, dass sie ihre Kräfte zum Wohl des Landes bündelt. Das tun wir.

Die Politik kann die Rahmenbedingungen bestimmen und Entwicklungen anstoßen. Den Rahmen ausfüllen müssen die Bürgerinnen und Bürger. Wir fordern daher alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich mit ihren Ideen, ihrem Wissen und ihren Vorschlägen aktiv in die Politik dieser Landesregierung einzubringen. Politik braucht das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Denn:

Mecklenburg-Vorpommern – das sind nicht nur Politik, Wirtschaft und Verbände.

Mecklenburg-Vorpommern – das sind wir alle!

Gemeinsam entscheiden wir über die Zukunft des Landes und bringen das Land weiter voran.

\*\*\*

Meine Damen und Herren,

um den künftigen Weg und die Ziele abzustecken, muss man eine realistische Bestandsaufnahme machen. Wo steht Mecklenburg-Vorpommern heute? Was verbuchen wir auf der Haben-Seite, was steht auf der Soll-Seite?

In den vergangenen Jahren hat sich Mecklenburg-Vorpommern beharrlich und kontinuierlich weiter vorangearbeitet. Die Investitionen der letzten Jahre tragen Früchte: Vergleicht man die Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen, dann ist die Zahl der Unternehmen im Land in den vergangenen acht Jahren um 10.000 gestiegen. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist ebenfalls entscheidend vorangekommen. Die wichtigste Verkehrsader des Landes, die A20, wurde fertiggestellt, ebenso viele Ortsumgehungen. Wir haben im Tourismus den Schritt zur beliebtesten Sommer-Urlaubsregion in Deutschland geschafft, die Ernährungsgüterwirtschaft erfolgreich neu aufgebaut. Das gilt auch für unsere maritime Wirtschaft. Wir haben Fuß gefasst in wichtigen Zukunftsbranchen wie der Biotechnologie, der Medizintechnik, der Gesundheitswirtschaft sowie im Service-Center-Bereich und in der Umwelttechnologie.

**Mecklenburg-Vorpommern ist heute ein Land mit Stärken.**

Wirtschaft ist aber nicht alles, ebenso konnten wir wichtige Akzente im sozialen Bereich setzen, von der „Initiative Jugend- und Schulsozialarbeit“ bis hin zur Stärkung der Kindertagesstätten in unserem Land. Das reicht noch nicht, aber ein Anfang ist gemacht. In den Schulen haben wir den Deutsch- und Mathematikunterricht gestärkt und das Abitur nach 12 Jahren wieder eingeführt. Zugleich wurde der Weg frei gemacht für das längere gemeinsame Lernen bis Klasse sechs. So haben Kinder länger Zeit, sich zu entwickeln, bevor sie sich auf die unterschiedlichen Bildungsgänge aufteilen.

Darüber hinaus wurden grundlegende Reformen auf den Weg gebracht, um das Land weiter zukunftsfähig zu machen. Die Schulstrukturen wurden an die veränderten Schülerzahlen angepasst und an unseren Hochschulen die Voraussetzungen geschaffen, um sie europaweit konkurrenzfähig zu machen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konnte in der letzten Legislaturperiode durch die Ausweitung von Angeboten weiter verbessert werden. Es ist auch gelungen, eine umfassende Verwaltungsreform auf den Weg zu bringen, die notwendig ist für die weitere Eigenständigkeit unseres Landes. Alles in allem sind in den letzten Jahren wichtige Grundlagen für die zukünftige Entwicklung des Landes gelegt worden. Darauf kann und wird die neue Landesregierung aufbauen.

Aber, meine Damen und Herren,

wenn man eine ehrliche Bestandsaufnahme macht, dann gehört dazu auch, dass Mecklenburg-Vorpommern immer noch eine Wertschöpfungslücke von rund sieben Mrd. Euro hat, dass wir trotz kontinuierlicher Straffung in den letzten Jahren immer noch viel mehr Geld für die Landesverwaltung ausgeben als vergleichbare Flächenländer und dass unser Wirtschaftswachstum noch zu gering ist, um die Arbeitslosigkeit spürbar abzubauen.

Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin das größte Problem in unserem Land. Damit, meine Damen und Herren, dürfen und werden wir uns nicht abfinden! Zwar sind wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren weiter vorangekommen, doch nicht so weit, wie wir uns das gewünscht hätten. Zehntausende von Arbeitsplätzen sind in den letzten Jahren in Mecklenburg-Vorpommern neu entstanden, in anderen Bereichen, wie in der Bauwirtschaft und durch notwendige Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung, sind aber Arbeitsplätze abgebaut worden mit der Folge, dass sich die neu entstandenen Arbeitsplätze noch nicht spürbar in der Gesamtrechnung bemerkbar machen.

Langsam aber sicher zeichnet sich jedoch eine kontinuierliche Aufwärtsbewegung ab: Die Verluste an Wertschöpfung und Beschäftigung werden inzwischen schon mehr als ausgeglichen durch die Wachstumsbereiche des Landes: das Verarbeitende Gewerbe, die unternehmensnahen Dienstleistungen und den Tourismus. Gesunde, zukunftssträchtige Wirtschaftsbereiche im Land wachsen, die Wirtschaftsstruktur des Landes verbessert sich langsam aber stetig. Diese Entwicklung zeigt sich mittlerweile auch bei der Beschäftigung. Hier ist nach Jahren eine Trendwende erkennbar: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wächst kontinuierlich. Diesen Trend wollen wir verstetigen.

Langsam aber kontinuierlich holen wir auf. Die Menschen sind realistisch, sie erwarten keine Wunder. Sie erwarten aber zu Recht, dass wir alles tun, um bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weiter voranzukommen. Dieser Aufgabe werden wir uns mit aller Kraft widmen. Denn **Arbeit heißt Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern**.

Meine Damen und Herren,

wenn wir bei dieser Kernaufgabe weiter vorankommen wollen, müssen wir die Entwicklungen und Trends in der Gesellschaft rechtzeitig erkennen, um zukunftsorientiert zu handeln.

Wie sehen die Herausforderungen und die damit verbundenen Chancen für Mecklenburg-Vorpommern aus? Wie können wir das Land noch attraktiver machen, damit Menschen bei uns Chancen sehen und bei uns bleiben bzw. zu uns kommen? Ich möchte **sieben Herausforderungen für unser Land** und damit verbundene Chancen nennen.

Da ist erstens der demographische Wandel. In ganz Deutschland werden die Menschen immer älter und es werden weniger Kinder geboren als früher. Dazu kommen im Osten die Wanderungsbewegungen. Der Alterungsprozess der Gesellschaft, verbunden mit einem sich in Zukunft abzeichnenden Fachkräftemangel, hat weitreichende Folgen für die Entwicklungs- und Wachstumspotentiale der Gesellschaft, ganz abgesehen von den Folgewirkungen für die sozialen Sicherungssysteme. Zugleich findet mit dem Wandel der Altersstruktur aber auch ein Wertewandel statt. Gesundheit wird zum Wert an sich. Es entwickeln sich auch neue Lebensphasen und -optionen. Daraus folgen Herausforderungen, aber auch Chancen u.a. für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und das ehrenamtliche Engagement. Das gilt auch und gerade für das Tourismus- und Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern. Es gilt auch für die Landesentwicklung insgesamt, vor allem was die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum angeht. Das haben wir erkannt und handeln, indem wir nicht nur altersgerechte Strukturen schaffen, sondern zugleich den Wirtschaftsstandort stärken und Mecklenburg-Vorpommern noch attraktiver machen für Familien und Senioren und für junge Menschen, die z.B. zum Studium nach Mecklenburg-Vorpommern kommen. Kurz: Die demographische Entwicklung bietet Perspektiven und Chancen für Mecklenburg-Vorpommern. Nutzen wir sie!

Zweitens spielt der wirtschaftliche Strukturwandel vor dem Hintergrund von Globalisierung, Rationalisierung und notwendigem Wachstum eine entscheidende Rolle. Deshalb brauchen wir in Mecklenburg-Vorpommern noch mehr wettbewerbsfähige Unternehmen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, die sich im Umfeld der internationalen Konkurrenz behaupten können. Wir sind gehalten, vorhandene Stärken weiter auszubauen und neue zu entwickeln. Vor allem die Standortbedingungen müssen wir weiter verbessern. Die Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung mit der Wirtschaft und die Vernetzung der Wirtschaft untereinander muss noch mehr als bisher vorangetrieben werden. Die Devise für Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung lautet also: Kräfte bündeln, Zusammenarbeit stärken!

Drittens ist der Wandel der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft zu nennen. Mehr als je zuvor entscheidet Bildung über Teilhabe an der Gesellschaft und soziale Sicherheit. Die Anforderungen an die Kenntnisse und Fähigkeiten der Menschen wandeln sich. Das führt zu neuen Herausforderungen in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung. Wir brauchen nicht nur mehr Bildung, sondern auch eine andere Art der Bildung als zuvor: Bildung muss verstärkt zum eigenständigen und lebenslangen Lernen motivieren und mit der Bildung sozialer Kompetenzen einhergehen. Dazu sind auch Bildungs- und Familienpolitik noch besser aufeinander abzustimmen. Wir wollen zu einer *lernenden Gesellschaft* werden.

Viertens: Frauen wollen, genauso wie Männer, eine gerechte Chance, Familie und Beruf besser als heute miteinander zu vereinbaren. Wir können auf das berufliche Potenzial von

Frauen nicht verzichten. Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels. Diese Herausforderung hat schon heute nachhaltige Veränderungen für unsere soziale Welt und die Berufswelt zur Folge. Zukünftig brauchen wir ein Umdenken in der Partnerschaft, flexiblere Modelle der Kinderbetreuung und - soweit möglich - auch entsprechende Arbeitszeitregelungen in der Berufswelt. Das ist unabdingbar für die Chancengerechtigkeit zwischen Mann und Frau. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern.

Fünftens ist da die Krise der öffentlichen Haushalte in Deutschland. Viele Bundesländer haben Schulden. Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern. Dazu kommt der enorme Handlungsdruck durch die in absehbarer Zukunft auslaufenden Zahlungen der EU und des Solidarpaktes. Bis 2019 müssen wir es daher in Mecklenburg-Vorpommern schaffen, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist, dass wir auch bei der Verwaltungsreform weiter vorankommen, damit wir bei den Verwaltungskosten sparen und mehr in die Zukunft des Landes investieren können. Das bedeutet vor allem: Ab sofort wollen wir keine neuen Kredite mehr aufnehmen, um unseren Haushalt weiter zu konsolidieren.

Sechstens hat der Nationalstaat in Folge von Europäisierung und Globalisierung an Souveränität und eigenständiger Handlungskompetenz eingebüßt – das gilt für den Bund und erst recht für die einzelnen Bundesländer. Um uns international Geltung zu verschaffen und Chancen zu nutzen, müssen wir im Land lernen, noch stärker Regionen übergreifend zu denken und zu handeln. Das gilt nicht nur für den Norden Deutschlands, sondern für den gesamten Norden Europas. Unsere Interessenvertretung in Brüssel gilt es zu stärken und die Netzwerke, wie z.B. Scan Balt, in denen Mecklenburg-Vorpommern schon heute aktiv ist, zum Vorteil des Landes weiter auszubauen und zu nutzen.

Siebtens ist da der Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit politischer und wirtschaftlicher Eliten insgesamt. „Kann die Demokratie, können Regierung, Parlament und Parteien die Probleme heute überhaupt noch lösen?“ fragen zunehmend mehr Menschen in Deutschland. Dieses Vertrauen kann nur gewonnen werden durch Redlichkeit, Verlässlichkeit und Kontinuität. Vielfach gibt es keine einfachen oder schnellen Lösungen und es ist Aufgabe der Politik, das den Menschen auch verständlich zu machen.

Meine Damen und Herren,

die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind groß. Doch ich bin überzeugt, wir sind in Mecklenburg-Vorpommern auf dem richtigen Weg.

Mit der vorliegenden Koalitionsvereinbarung und in der tagtäglichen Arbeit wird die neue Landesregierung gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Herausforderungen entschlossen anpacken. Im Zentrum unserer Aufmerksamkeit stehen die Themen Arbeit, Bildung, Familie, Wirtschaft und Finanzen sowie die Bewältigung des demographischen Wandels. Auf diesen Feldern wird sich entscheiden, ob Mecklenburg-Vorpommern in Zukunft eine lebenswerte Heimat für alle seine Bürgerinnen und Bürger und zugleich attraktiv für Zuwanderer sein wird.

Die genannten Themen sind eng miteinander verknüpft. Daher sind ressortübergreifendes Denken und Handeln und **Teamarbeit** wichtig. Hier sind alle Kabinettsmitglieder gefordert.

Meine Damen und Herren,

Mecklenburg-Vorpommern will von einer Entwicklungsregion zu einer Zukunftsregion in Europa werden. Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Eine **solide Finanzpolitik** ist dabei wichtig. Durch eine konsequente Haushaltskonsolidierung und zusätzliche

Steuereinnahmen haben wir bereits in diesem Jahr zur Finanzierung unseres Haushalts keine neuen Kredite aufnehmen müssen. Damit hat das Land gemeinsam mit Sachsen und Bayern als erstes Bundesland einen ausgeglichenen Haushaltsabschluss erreicht. Das wollen wir auch in den kommenden Jahren. Wir sparen und investieren zugleich weiter in Zukunftsbereiche des Landes – das ist die Doppelstrategie, die Erfolg für die Zukunft verspricht.

Zugleich erhöht die konsequente Haushaltskonsolidierung die Glaubwürdigkeit der Politik der Landesregierung unter allen 16 Ländern und gegenüber dem Bund. Wir können damit unsere Startposition in der Diskussion um Maßnahmen zur Begrenzung der Staatsverschuldung im Rahmen der zweiten Stufe der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung verbessern. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

Um auf unserem Weg weiter voranzukommen, müssen wir aber nicht nur vorhandene Mittel klug einsetzen. Wir stehen auch vor der Aufgabe, einzelne Politikmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besser aufeinander abzustimmen und miteinander zu verzahnen. Denn die Arbeitslosigkeit hat einen neuen Aspekt: Parallel zu den Menschen ohne Arbeit existiert in einigen Branchen bereits heute ein Fachkräftemangel, das heißt, Angebot und Nachfrage passen nicht mehr zusammen. Hier müssen wir vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung aktiv gegensteuern. Zum Einen sind die Unternehmer selbst gefordert, im eigenen Interesse gut ausgebildete Fachkräfte am Standort halten: Gute Arbeit verdient auch gutes Geld. Zum Anderen gilt: Wir müssen früher als bisher in die Köpfe unserer Kinder und Enkel investieren, um später gut ausgebildete Fachkräfte zu haben.

### **Arbeit heißt Zukunft und**

**Zukunft heißt: Investieren in Bildung und Familie.** Zusammen bilden sie den Grundsockel, auf dem alle anderen Maßnahmen aufbauen müssen. Bildungspolitik beginnt im Elternhaus. Wir brauchen eine Familienpolitik, die Eltern stark macht und so die Schule unterstützt. Auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist eine Familienpolitik gefragt, die die Entscheidung für Kinder erleichtert und Frauen und Männern gleichberechtigte Chancen auf Entwicklung ermöglicht. Daher wollen wir eine Politik, die Familien im Land weiter stärkt und Kinder willkommen heißt.

Eine Politik, die Familien stark macht, ist gerade in den Regionen umso wichtiger, wo der natürliche soziale Zusammenhalt durch hohe Arbeitslosigkeit und Abwanderung besonders gefährdet ist. Kindertagesstätten, Schulen, Kinderärzte, Hebammen, Spielkreise, Gesundheitsämter, Krankenkassen, Jugendämter und Schulämter müssen in einem „Netz für Familien“ zusammen gebunden werden, das nach überaus erfolgreichem finnischen Vorbild das Wohl des Kindes mehr in den Mittelpunkt rückt und Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsfunktion wirksam unterstützt. Durch Familienzentren und mehr Beratung, Familienferienstätten, lokale Bündnisse für Familien und die Umsetzung des Bundeselterngeldes wollen wir Eltern Hilfestellung geben. Bestehende Angebote werden weiterentwickelt und besser miteinander vernetzt. Im Mittelpunkt dieser Politik steht ein „Pakt für Familie und Kinder“, der in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen Mecklenburg-Vorpommern zum familienfreundlichsten Bundesland machen soll. Die neue Landesregierung wird Landeswettbewerbe zur „familienfreundlichsten Kommune“ und zum „familienfreundlichsten Unternehmen“ ins Leben rufen, um die Familienfreundlichkeit im Denken und Handeln aller gesellschaftspolitischen Akteure noch stärker zu verankern.

Bildungspolitik setzt in den Familien an, reicht über Krippe, Kindergarten, Schule und Hort und endet nicht in der Ausbildung oder Universität, sondern weckt die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Nachdem wir in der vorherigen Legislaturperiode die notwendigen Strukturveränderungen vorgenommen und damit allen Beteiligten eine Menge abverlangt haben, geht es in den nächsten Jahren um Kontinuität und Verlässlichkeit, damit sich in den

neuen Strukturen Qualität auch entwickeln kann. Dazu wird die Förderung der vorschulischen Bildung schrittweise ausgebaut und besser mit der Grundschulbildung abgestimmt.

Ein Schwerpunkt wird auf die Verbesserung der Sprachkompetenz von Kindern im Vorschulalter gelegt, um allen einen guten Start in die Schule zu ermöglichen. Die Entwicklung unserer Kinder darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Unser Ziel ist es, Eltern soweit wie möglich von Beiträgen für die Kindertageseinrichtungen zu entlasten. Das ist sehr teuer und geht nicht von heute auf morgen. Mit der vorliegenden Koalitionsvereinbarung machen wir einen differenzierten Einstieg in die Kostenfreiheit. Das gilt es zusammen mit dem Bund weiter auszubauen. Aber Geld ist nicht das einzige Problem: Kinder erziehen heißt auch, ihnen Aufmerksamkeit zu schenken und sich Zeit für sie zu nehmen. Und das ist in vielen Familien nicht immer leicht. Deshalb brauchen wir ein Kita-Angebot, das Eltern mit Rat und Tat zur Seite steht. Die neue Landesregierung wird das Kita-Angebot dahingehend weiterentwickeln.

Im Schulbereich wollen wir die Selbständigkeit von Schulen ausbauen, d.h. die einzelnen Schulen erhalten mehr Verantwortung und Entscheidungsspielraum.

In diesem Prozess kommt den Lehrerinnen und Lehrern eine Schlüsselstellung zu, sie sollen durch verbesserte Rahmenbedingungen dazu ermutigt werden, zusammen mit den Schülerinnen und Schülern und den Eltern diese neuen Freiräume für ihre Schule auch zu nutzen.

In den neuen Strukturen wird es besonders darauf ankommen, dass es gelingt, Schülerinnen und Schüler aller Leistungsniveaus individuell stärker zu fördern. Daher werden wir zu gegebener Zeit die bis dahin gemachten Erfahrungen auswerten. Um Schulbildung noch praxisnäher zu gestalten, sollen Grundkenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge und Schlüsselqualifikationen mit Bezug zum unternehmerischen Handeln früher als bisher gefördert werden. Wir wollen zudem mehr junge Menschen, gerade auch Frauen, für technische Berufe gewinnen. Auch der unterrichtsergänzende Einsatz von Praktikern soll von den Fachlehrern geprüft werden. Insbesondere für den ehrenamtlichen Einsatz z.B. von Senioren, die nicht mehr aktiv im Berufsleben stehen, ergeben sich hier neue Möglichkeiten, ihr Wissen an junge Menschen weiterzugeben. Die Ganztagsbetreuung eröffnet für diese Bereiche neue und zusätzliche Chancen. Darüber hinaus ist sie auch ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler, weil die den Schulen eine flexible Gestaltung des Unterrichts mit mehr individueller Betreuung erlaubt. Die Landesregierung wird das Netz der Ganztagschulen weiter ausbauen. Ziel zukünftiger Maßnahmen zur pädagogischen Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Schule ist es, die Zahl der Sitzenbleiber und der Schulabgänger ohne Schulabschluss zu senken, die berufliche Ausbildungsreife zu verbessern und die Anzahl der Abschlüsse zur Berufsreife und mittleren Reife zu erhöhen.

Darüber hinaus haben die letzten Jahre und das Erstarken des Rechtsextremismus gezeigt, dass wir viel früher als bisher die Möglichkeiten nutzen müssen, um Demokratiebewusstsein zu entwickeln und demokratische Verhaltensweisen einzuüben. Daraus haben wir gelernt: Die **Demokratieerziehung** wird zukünftig Bestandteil der Arbeit aller Fächer in der Schule sein.

Meine Damen und Herren,

**Zukunft heißt: Investieren in Ausbildung.** In Anbetracht des sich abzeichnenden Fachkräftemangels ist zudem die Wirtschaft aufgefordert, durch noch mehr betriebliche Angebote schon heute vorzusorgen. Ich appelliere an die Wirtschaft: Bilden Sie heute aus, und sorgen Sie so vor für morgen! Denn Bildung und Qualifizierung sind die Schlüssel für eine Zukunft aus eigener Kraft. Politik, Wirtschaft und Verbände werden zudem den „Ausbildungspakt 2010 – Fachkräfte für Mecklenburg-Vorpommern“ zu einem Ausbildungs-

und Qualifizierungspakt fortentwickeln. Jedem ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen im Land soll eine Berufsausbildung ermöglicht werden. Politik und Wirtschaft fördern, aber sie fordern auch von jedem Jugendlichen, dass er sich anstrengt.

**Zukunft heißt: Investieren in die Hochschulen:** Bei der Qualifizierung des Nachwuchses spielen neben Schule und Ausbildung vor allem die Hochschulen unseres Landes eine wichtige Rolle. Sie stehen heute international im Wettbewerb um Studenten, um Lehrer, um Forschungsgelder. Sie sind zudem wichtige Anziehungspunkte für die Wirtschaft. Die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns wird von unseren Hochschulen entscheidend mitgeprägt und gestaltet. In den nächsten Jahren geht es darum, mit den Mitteln aus dem Hochschulpakt die Bedingungen für Forschung und Lehre weiter zu verbessern, den Hochschulbau voranzutreiben und mit Hilfe des Landesexzellenzprogramms die Forschung an den Hochschulen konkurrenzfähig zu machen. Unser Ziel ist es daher, unsere Hochschulen noch stärker auf die zentralen Bereiche der Landesentwicklung, auf innovative Branchen und unternehmerisches Potenzial auszurichten. Wir brauchen die Kreativität und Innovationskraft unserer jungen Nachwuchswissenschaftler zur Gestaltung unseres Landes. Die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft wird ausgebaut. In den letzten Jahren hat die vorherige Landesregierung durch die Hochschulreformen dazu die Voraussetzungen geschaffen. Nun sind die Hochschulen gefordert, aus diesen Rahmenbedingungen etwas zu machen.

**Zukunft heißt: Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik enger und besser miteinander verzahnen,** um vor allem dauerhafte Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Dennoch werden wir auf absehbare Zeit für bestimmte Zielgruppen auf geförderte Beschäftigung noch nicht verzichten können, das gilt vor allem für ältere Arbeitnehmer und ältere Langzeitarbeitslose. Die Kompetenzen und Erfahrungen von Älteren sind für unsere Gesellschaft überaus wichtig.

Auch Väter und Mütter sollen im gleichen Maße am Erwerbs- und Familienleben teilhaben können. Dazu werden wir zusammen mit den Sozialpartnern und der Wirtschaft Möglichkeiten für familiengerechte Veränderungen in den Betrieben ausloten. Um den Wiedereinstieg nach Eltern- und Familienzeit zu erleichtern, werden Projekte zur Qualifizierung weiter gefördert.

Meine Damen und Herren,

eine kluge Arbeits- und Qualifizierungspolitik ist wichtig, aber dauerhafte Arbeitsplätze entstehen nur in der Wirtschaft selbst. Wir werden daher die Standortoffensive fortsetzen, Neuansiedlungen gezielt fördern und zugleich die ansässigen Unternehmen unterstützen.

**Zukunft heißt: Wirtschaftsförderung optimieren.** Dazu wollen wir sie noch stärker als bisher an die Schaffung von Arbeitsplätzen binden, vorhandene Förderprogramme und –institutionen konzentrieren, Verfahren vereinfachen und weiter straffen mit dem Ziel, Unternehmen, Investoren und Existenzgründern kompetente Ansprechpartner und transparente Programme anzubieten. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist weiterhin notwendig.

Die Gelder aus den europäischen Strukturfonds und dem ELER werden vorrangig zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt eingesetzt. Neu ist: Die gemeinsame Verwaltungsbehörde zur ressortübergreifenden Koordinierung ist nun in der Staatskanzlei angesiedelt. Bis 2013 erhalten wir EU- Höchstförderung. Danach ist offen, ob und in welchem Rahmen es eine EU-Förderung geben wird. Wir müssen also diese Zeit nutzen, um die Wirtschaftskraft des Landes zu stärken. Zugleich brauchen wir einen Mentalitätswandel in unserer Gesellschaft. Nur, wenn wir mehr Zutrauen in unsere eigenen Kräfte entwickeln, schaffen wir den Weg vom „Fördertropf“ hin zu einer Zukunft aus eigener Kraft.

Meine Damen und Herren,

**Zukunft heißt auch: Die kleinen und mittelständischen Unternehmen stärken!** Das gilt vor allem im Hinblick auf den nationalen und internationalen Wettbewerb und steht im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik der neuen Landesregierung. Dazu werden wir u.a. einen Mittelstandsbeirat beim Wirtschaftsministerium einrichten. Aber auch die Betriebe selbst sind gefordert. Für die Unternehmer im Land wird es zukünftig vor allem darum gehen, die Zusammenarbeit und die Kommunikation untereinander voranzutreiben, Netzwerke zur Forschung weiter auf- und auszubauen, um so den intensiven Transfer neuer Technologien aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Unternehmen voranzutreiben. Das wird die Landesregierung durch eine konsequente Förderpolitik unterstützen. Darüber hinaus geht es für alle Betriebe darum, mit Blick auf die Zukunft und den absehbaren Fachkräftemangel vermehrt eigene und neue Fachkräfte zu qualifizieren, um so am Markt weiter wettbewerbsfähig zu sein.

**Zukunft heißt: Die Standortvorteile des Landes weiter ausbauen!** Dazu werden wir das Land konsequent vermarkten, um noch mehr Investoren von außen anzuwerben. Zu diesem Zweck soll die Landesmarketingkampagne für die Dachmarke Mecklenburg-Vorpommern mit dem Slogan „MV tut gut“ zum zentralen Werbeauftritt des Landes im In- und Ausland weiterentwickelt werden. Das Landesmarketing wird mit Beginn dieser Regierung in der Staatskanzlei konzentriert.

**Zukunft heißt: Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur fortsetzen.** Die Fertigstellung der A 20 im Jahr 2005 war ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung des Landes: Für die Bürgerinnen und Bürger selbst, für die zahlreichen Gäste, die unser Land besuchen sowie die Unternehmen, die sich entlang der A 20 angesiedelt haben. Weitere werden folgen. Beim zukünftigen Ausbau der Straßen steht die bessere Anbindung der Häfen und der gesamten Region an das europäische und überregionale Straßennetz im Vordergrund. Dabei ist als wichtigstes Projekt die Fertigstellung der A 14 zwischen Schwerin und Wismar, aber auch deren Verlängerung über die A 24 hinaus bis nach Magdeburg und weiter Richtung Süden zu nennen. In Vorpommern wird neben der Strelasundquerung auch der Bau der B96 auf der Insel Rügen vorangetrieben. Um die Innenstädte vom Verkehr zu entlasten, wird an der Verbesserung und zügigen Realisierung von neuen Ortsumgehungen gearbeitet. Wir werden auch das Radwegenetz weiter ausbauen, um das Binnenland für den Tourismus noch attraktiver zu machen.

Eine wichtige Rolle für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes spielen die Häfen. Auf Grund ihrer unterschiedlichen Ausrichtung besitzen sie gute Voraussetzungen, um vom erwarteten Wachstum im Ostseeraum zu profitieren. Auch im Kreuzfahrt- und Passagierverkehr bestehen gute Wachstumschancen. Investitionen in die Entwicklung der Seehäfen sind der Landesregierung für die weitere Verbesserung der Wirtschaftsstruktur wichtig und werden vorangetrieben. Es sind echte Zukunftsinvestitionen für den Logistikstandort Mecklenburg-Vorpommern.

Für den weiteren Ausbau der Eisenbahnstruktur setzen wir auf den Bund. Dazu gehören das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer eins von Lübeck bzw. Hagenow über Rostock nach Stralsund sowie u.a. die Strecken Rostock - Berlin und Stralsund – Pasewalk - Berlin. Für die überregionale Erreichbarkeit unseres Landes hat die Anbindung an den internationalen Luftverkehr entscheidende Bedeutung. Der Anschluss des Flughafens Rostock-Laage an das nationale und internationale Passagierflugnetz bleibt weiter unser Ziel. Dazu gehört aber auch, dass der Flughafen selbst ein klares Profil für die Zukunft entwickelt. Darüber hinaus hat der Flughafen Parchim nach wie vor Potential als Luftfrachtzentrum. Dies gilt es zu nutzen.

Meine Damen und Herren,

wichtig für die **Zukunft des Landes ist auch eine effektive, bürger- und unternehmerfreundliche Verwaltung**. Die Koalitionspartner sind sich einig: Da das Land zukünftig mit weniger Geld auskommen muss und wir die vorhandenen Strukturen den demographischen Veränderungen anpassen müssen, gilt es, die Strukturen rechtzeitig so zu verändern, dass wir in der Lage sind, die Entwicklungen aufzufangen und mit weniger Geld die Leistungen zu erbringen, die auch in Zukunft nötig sein werden.

In der letzten Legislaturperiode wurden dazu Anfang 2003 mit den Eckpunkten zur Reform der öffentlichen Verwaltung und im Sommer 2006 mit dem Verwaltungsmodernisierungsgesetz die Voraussetzungen geschaffen. Mit der Reform der Landesverwaltung, dem Personalkonzept, der Einführung von e-government und der Abschaffung unnötiger Verwaltungsvorschriften im Zuge des Bürokratieabbaus sind im Jahr 2005 ebenfalls wichtige Schritte gemacht worden. Mit Beginn des Jahres 2006 ist die Zahl der Landesbehörden von 32 auf 15 drastisch reduziert worden.

Die Übertragung von Aufgaben des Landes auf die Kreise und von den Kreisen auf die Gemeinden und Ämter sowie die Neubildung von Kreisen wird die Grundlage des künftigen Veränderungsprozesses bilden. Sofern das Landesverfassungsgericht auf Grund anhängiger Verfassungsbeschwerden rechtliche Vorgaben machen sollte, werden diese selbstverständlich umgesetzt.

Weitere Schritte der Verwaltungsreform sind die Anpassung des Finanzausgleichsgesetzes an die Veränderungen, die sich aus der Strukturreform ergeben und die Lösung der Stadt-Umland-Probleme auf der Ebene zwischen den Gemeinden. Bürger und Unternehmer sollen zukünftig davon profitieren, dass häufig nachgefragte Dienstleistungen und Aufgaben einfach durch die nächstgelegene Verwaltung erledigt werden können. Das erhöht die Bürgernähe. Und das ist entscheidend.

Neben einer bürger- und unternehmerfreundlichen Verwaltung ist auch die Gewährleistung und Stärkung der **inneren Sicherheit** in unserem Land ein wichtiger Standortfaktor – das gilt für Einheimische genauso wie für Gäste. Der Schutz vor Straftaten sowie die Gefahrenabwehr und die Sicherheit im Verkehr werden weiter ausgebaut. Das wollen wir erreichen durch die verbesserte Ausstattung und Aufstellung der Polizei. Dazu gehört aber auch ein entsprechender Opferschutz.

Mehr Bürger- und Unternehmerfreundlichkeit ist auch das Ziel der weiteren Modernisierung der **Justiz**. Bereits zum 1. Januar dieses Jahres sind die für jedermann einsehbaren Handelsregisterdaten des Landes über Internet zugänglich und Anträge können elektronisch übermittelt werden. Mecklenburg-Vorpommern hat auch das bundesweit erste vollstrukturierte Datenbankgrundbuch entwickelt. In Wismar, Schwerin, Demmin und Rostock ist es bereits in der Anwendung. Weitere Regionen werden folgen.

Meine Damen und Herren,

**Arbeit heißt Zukunft** und

**Zukunft heißt: Traditionelle Stärken ausbauen und neue aufbauen.**

Im **Tourismus** beispielsweise schreiben wir seit Jahren Erfolge. Wir waren auch 2006 das beliebteste Sommerurlandsland der Deutschen. Doch auch hier gilt: Wer aufhört besser zu werden, hört bald auf, gut zu sein. Wir müssen ständig dazulernen, um auch weiterhin ganz vorne mitzuspielen. Dabei kommt es auf die weitere Steigerung von Qualität, Kompetenz und Bekanntheit an. Jeder Einzelne kann etwas beitragen – mit seinen Ideen und seinem Engagement. Das gilt auch für die Bürgerinnen und Bürger, die ich ausdrücklich ermuntern möchte: Geben Sie Ihre Anregungen und positiven Erfahrungen, die Sie vielleicht im Urlaub anderswo gemacht haben, an uns weiter. Auch daraus lässt sich lernen. Grundlage für die

weitere Strategie ist die Tourismuskonzeption des Landes. Gezielt werden wir uns den bislang noch nicht ausgeschöpften Potentialen und Marktsegmenten zuwenden. Dabei geht es z.B. um den Ausbau des Kinder-, Jugend- und Familientourismus, den Kulturtourismus und um die Schaffung ganzjähriger attraktiver Urlaubsangebote.

In diesem Zusammenhang bietet auch die **Gesundheitswirtschaft** für unser Land beste Chancen. Gerade für junge Menschen entstehen hier neue Berufschancen. Unser Ziel ist es, Mecklenburg-Vorpommern zum Gesundheitsland Nummer eins in Deutschland zu machen. Dieses Ziel werden wir in den nächsten fünf Jahren konsequent weiterverfolgen. Der Masterplan Gesundheitswirtschaft bildet dafür das strategische und inhaltliche Fundament, BioCon-Valley® das organisatorische Gerüst. Die Verbesserung der Einrichtungen, Aus- und Fortbildung, die Einführung verlässlicher und anerkannter Qualitätsstandards und die verbesserte Vermarktung des Gesundheitslandes im In- und Ausland unter dem Motto „MV tut gut“ stehen dabei im Vordergrund. Die Nationale Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft in Hohe Düne soll zu einem alljährlichen Treffpunkt der Branche werden. Jeder soll sehen, was sich in Mecklenburg-Vorpommern tut!

Doch, meine Damen und Herren, „MV tut gut“ sollen nicht nur die erfahren, die zu uns kommen, sondern auch die Menschen, die im Land leben. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird eine große Herausforderung zukünftig darin bestehen, die flächendeckende medizinische Versorgung im gesamten Land langfristig zu sichern. Wir müssen den Generationswechsel bei den Ärzten im ländlichen Raum bewältigen. Es gilt aber auch, unsere moderne und flächendeckende Krankenhauslandschaft zu stabilisieren und zukunftsfähig zu machen. Schneller als andere werden wir daher neue Konzepte in enger Kooperation mit den Partnern im Gesundheitswesen umsetzen. Dazu gehören innovative Modellprojekte wie die Telegesundheitsschwester AGNes, der Ausbau der Krankenhäuser zu Gesundheitszentren sowie die Stärkung und Weiterentwicklung des Hausarzt systems. Das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern steht aber auch für aktive Prävention zur Erhaltung der Gesundheit von Erwachsenen am Arbeitsplatz sowie von Kindern und Jugendlichen im Kindergarten und in der Schule. Zu diesem Zweck soll ein Landesaktionsplan in dieser Regierungsperiode erarbeitet werden und die Aktivitäten der verschiedenen Akteure und Politikbereiche aufeinander abstimmen.

Große Reserven haben wir auch bei Reisenden aus dem Ausland. 2007 steht unser Land im Rampenlicht der deutschen und internationalen Politik. Die Welt ist zu Gast in Mecklenburg-Vorpommern und wir haben die Chance, unser Land weltweit bekannt zu machen. Den **G8-Gipfel** in Heiligendamm und die zentrale Feier zum **Tag der deutschen Einheit** in Schwerin werden wir nutzen, um Mecklenburg-Vorpommern als modernes, weltoffenes, gastfreundliches und lebenswertes Bundesland präsentieren. Auch langfristig werden das Urlaubsland wie auch der Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern durch die dazu gewonnene internationale Bekanntheit profitieren, sei es durch Mund-zu-Mund-Propaganda, sei es durch die vielen ausländischen Journalisten, die sich bei dieser Gelegenheit im ganzen Land umschauen und in ihre Heimatländer berichten.

Der G 8-Gipfel ist eine einzigartige Chance für Mecklenburg-Vorpommern. Diese Chance müssen wir nutzen! Dazu können wir alle beitragen, indem wir vor allem über die Chancen für unser Land sprechen. Lassen Sie uns das gemeinsam tun.

Meine Damen und Herren,

in Mecklenburg-Vorpommern spielt seit jeher auch die **Land- und Ernährungsgüterwirtschaft** eine wichtige Rolle. Sie ist eine traditionelle Stärke des Landes, ein wichtiger Arbeitsgeber und für die weitere Entwicklung der ländlichen Räume von großer Bedeutung.

Bei der Arbeitsproduktivität liegt die hiesige Landwirtschaft heute bundesweit an der Spitze. Aber auch bei der ökologischen Produktion sind wir inzwischen ganz vorne mit dabei. In den kommenden Jahren gilt es, diese hervorragende Wettbewerbsposition unseres Landes international zu behaupten und auszubauen. Das ist die wichtigste agrarpolitische Herausforderung, vor der die Landesregierung steht.

Für die von mir geführte Landesregierung sind **ländliche Räume** daher **Zukunftsräume**. Mit dem ländlichen Entwicklungsprogramm 2007 bis 2013, dem ELER, verfügt Mecklenburg-Vorpommern über ein umfangreiches Spektrum von guten Instrumenten, um eigenständige Entwicklungen in den ländlichen Räumen weiter voranzubringen. Zusammen mit der Verbrauchersicherheit, dem Tierschutz und dem Schutz der natürlichen Ressourcen sind das Zukunftsthemen, die sich hervorragend in die Gesamtstrategie des Gesundheitslandes Mecklenburg-Vorpommern einfügen.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz ist mit der Umsetzung dieses integrativen Politikansatzes betraut. „MV tut gut“ bedeutet zum Beispiel auch, dass bei uns Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit höchste Standards erfüllen. Die Zuständigkeiten werden daher in diesem Bereich gebündelt, die Kontrolldichte und die länderübergreifende Zusammenarbeit zu diesem Zweck verstärkt.

Die Landesregierung wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um einseitige Benachteiligungen unserer Landwirtschaft durch Kappungen und Degressionen von Direktzahlungen in der Förderperiode bis 2013 abzuwenden. Die Koalition setzt auf Kontinuität und Verlässlichkeit der finanziellen Rahmenbedingungen. Andererseits muss es das gemeinsame Ziel von Berufsstand und Politik sein, dass die Landwirtschaft mittelfristig ohne staatliche Subventionen auskommt und daher die in dieser Legislaturperiode gewährte EU-Höchstförderung strukturell so optimal wie möglich einsetzt. Viele kluge Landwirte haben ihre Betriebe bereits für neue Produktionselemente geöffnet. Sie investieren neben der Viehwirtschaft auch in die Erneuerbaren Energien, in den ökologischen Landbau, in die Aquakultur und in den ländlichen Tourismus. Wir wollen die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte im Land weiter auszubauen, um so mehr Wertschöpfung und Arbeit vor Ort zu sichern. Die Landesregierung wird solche Vorhaben mit ihrer Förder- und Bodenpolitik sowie mit straffen, möglichst unbürokratischen Genehmigungsverfahren unterstützen.

Umwelt, Investitionen und Beschäftigung müssen angesichts unserer Strukturen und der demographischen Herausforderung noch stärker als Einheit begriffen werden. Das erreichte **hohe Umweltschutzniveau** bleibt dabei Maßstab unseres Handelns. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Schutz der biologischen Vielfalt, die ökologischen Anforderungen unsere Gewässer und ein eigenständiger Beitrag zum Klimaschutz sind Schlüsselgrößen in der Strategie der Landesregierung.

Die Qualität unserer Nationalparke und Biosphärenreservate wird im Einklang mit dem Landestourismuskonzept ausgebaut.

Moderne Umweltpolitik braucht auch ein modernes Umweltrecht. Mit der Föderalismusreform sind dafür wichtige Weichen gestellt worden. Mecklenburg-Vorpommern wird seine Landesgesetzgebung dementsprechend anpassen und von bürokratischen Vorschriften befreien. Eine kluge Umweltpolitik ist eine Investition in die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns.

Meine Damen und Herren,

für eine moderne Wirtschaftsstruktur ist z.B. eine **vorausschauende Energiepolitik** wichtig, die die wirtschaftlichen Chancen moderner Energieerzeugung nutzt und den Bürgerinnen

und Bürgern als auch der Wirtschaft des Landes langfristig stabile und günstige Energiepreise sichert. Bereits in den letzten Jahren hat sich Mecklenburg-Vorpommern als Energiestandort sehr gut entwickelt. Doch wir können und wollen noch besser werden. Dazu wird die neue Landesregierung in dieser Legislaturperiode eine Gesamtstrategie „Energiewelt 2020“ entwickeln. Maßnahmen zur umfassenden Nutzung erneuerbarer Energien, zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Reduktion des Energieverbrauchs werden weiterentwickelt.

Auf Grund der guten Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Unternehmen zur Herstellung von Biokraftstoffen, zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe sowie zur Nutzung von Holz und Solarenergie im Land angesiedelt. Bei der Windenergie wird der Schwerpunkt zukünftig im Offshore-Bereich liegen. Es gibt ehrgeizige Ausbaupläne weltweit. Die Exportchancen des technologischen Vorreiters Deutschland, der derzeit 7 von 10 Anlagen exportiert, sind daher für die nächsten Jahre günstig. Die weitere gezielte Ansiedlung und Unterstützung von Forschungs- und Produktionsunternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz im Land birgt somit Chancen für neue zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Mit der Anbindung an das internationale Gasnetz kann sich Lubmin bei Greifswald in den kommenden Jahren zum herausragenden Energiestandort unseres Landes entwickeln. Durch den Bau und den Betrieb neuer Gas- und Kohlekraftwerke und die Ansiedlung anderer Energieerzeuger werden neue Arbeitsplätze im Landesteil Vorpommern entstehen. Die Landesregierung wird diese positive Entwicklung in der Region weiter unterstützen.

Meine Damen und Herren,

**Zukunft heißt auch: Investieren in attraktive Städte und Dörfer.** Viele historische Städte und Dörfer erstrahlen heute wieder in altem Glanz. Das kommt nicht nur den Bewohnern zu Gute, sondern erfreut auch viele Gäste aus dem In- und Ausland und erhöht die Attraktivität des Standorts Mecklenburg-Vorpommern für potentielle Investoren.

Seit Jahren stellt die demographische Entwicklung für die Stadt- und Wohnungspolitik eine große Herausforderung dar. Eine kontinuierlich sinkende Bevölkerungszahl hat in der Vergangenheit zu wachsenden Wohnungsleerständen geführt. Stadtentwicklung ist heute vielerorts von Schrumpfung geprägt. Ein systematischer und zielgerichteter Umbau unserer Städte ist daher weiter dringend erforderlich. Hier liegt eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Entscheidend dabei ist, dass sich die Innenstädte wieder zu lebendigen Zentren im ländlichen Raum entwickeln. Die neuesten Zahlen belegen, dass das Programm Stadtbau Ost erste Erfolge zeitigt. Die Innenstädte von Rostock, Schwerin, Stralsund, Wismar, Bad Doberan und vielen anderen Städten im Land hatten in den letzten Jahren teilweise zweistellige Zuwachsraten bei der Einwohnerentwicklung. Gerade junge Familien zieht es wieder in die Innenstädte. Entsprechend gehen die Wohnungsleerstände in den Altstadtkernen kontinuierlich zurück. Diesen Weg wird die neue Landesregierung durch den gezielten Einsatz von Städtebau- und Wohnraumförderung fortsetzen. Dabei wird u.a. angestrebt, dass Städte und Gemeinden in einem gemeinsamen Prozess mit ihren Bürgern noch mehr als bisher ihre eigenen Kräfte entfalten, um z.B. interessante Umfeldler für Unternehmensgründungen und für Forschung und Entwicklung zu schaffen. Wichtig ist aber auch, den Bedürfnissen von Familien mit Kindern und älteren Menschen gerecht zu werden. So sollen ältere Menschen in unserem Land so lange wie möglich ein selbständiges Leben in ihrer gewohnten Umgebung führen können.

**Zukunft heißt: Investieren in die Kultur.** Kultur schafft Lebensqualität und Identität, sie stärkt das Heimat- und Selbstwertgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Kulturelles Leben in seiner ganzen Fülle und Qualität ist zudem ein wichtiger Faktor für die Zuwanderung gerade

auch junger Menschen, Familien und aktiver Senioren. Kultur ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, z.B. im Tourismus, Kultur ist auch ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft.

Kunst und Kultur bereichern unsere Erfahrungswelt: Die Begegnung mit neuen Ideen und Sinneseindrücken, mit fremden An- und Einsichten erweitern den eigenen Horizont. Und das ist wichtig in einer Welt, die sich ständig verändert und uns vor immer neue Aufgaben stellt. Wichtig ist, dass Kinder schon früh an Kunst und Kultur und auch an unterschiedliche Kulturen herangeführt werden und lernen: Was fremd erscheint, muss nicht bedrohlich sein, es kann auch eine Bereicherung sein.

Aus allen diesen Gründen fördert die neue Landesregierung die Kultur nach Kräften: Backsteingotik, Musikland, Kirchen, Klöster, Kinder- und Jugendkunstschulen, Musikschulen, Film, Bildende Kunst. Gerade, weil der Kultur eine so wichtige Aufgabe zukommt, die Mittel des Landes aber begrenzt sind, brauchen wir zukünftig noch mehr Engagement, auch von Sponsoren. Kultur geht alle an.

Meine Damen und Herren,

**Zukunft heißt auch: Die Chancen in einem erweiterten Europa und im norddeutschen Raum konsequent nutzen.**

Dazu wollen wir die Zusammenarbeit, vor allem mit Hamburg und Schleswig-Holstein weiter voranbringen. Hier wollen wir mehr wagen! Das tun wir, ohne dabei allerdings unsere eigenen Stärken und unsere eigene Identität aufzugeben. Norddeutsche Kooperation heißt auch Geben und Nehmen. Es muss dabei fair zugehen.

Im Ostseeraum gilt unser besonderes Augenmerk unserem Nachbarn Polen. Auch die Zusammenarbeit mit Russland gewinnt für uns immer mehr an Bedeutung. Entscheidend ist, dass wir als Land unsere Interessenvertretung in Europafragen ausbauen und weiter stärken. Das kann über das Informationsbüro in Brüssel, über den Bundesrat, über Fachministerkonferenzen oder in enger Zusammenarbeit mit unseren Abgeordneten in Brüssel geschehen. Wir wollen und können auch hier dazulernen und noch besser werden.

Viele Bürgerinnen und Bürger stehen Europa nicht sehr enthusiastisch gegenüber. Ihnen erscheint Europa nicht nur bürokratisch, sie haben den Eindruck, Europa koste nur, nutze vor allem den anderen und werfe für das eigene Land wenig ab. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Die Europäische Union bedeutet für uns nicht nur Frieden und Sicherheit, Reisefreiheit und einen nahezu unbegrenzten Markt, wir profitieren bei unserer wirtschaftlichen Entwicklung auch in hohem Maße von der Förderung durch die Europäische Union.

Was die Bürokratie angeht: Es stimmt, nicht jede Regelung, die die Europäische Union erlässt, erscheint notwendig und sinnvoll. Ich meine, umso wichtiger ist es, dass auch zukünftig das, was vor Ort erledigt werden kann, auch weiterhin dort erledigt wird. Darauf werden wir im Rahmen der Mitwirkung der Länder im Bundesrat achten. Auch die Rechte der Bürgerinnen und Bürger sollen im Verfassungsgebungsprozess gestärkt werden. Dafür wird sich die Landesregierung einsetzen. Denn ein starkes Europa braucht nicht nur starke, selbstbewusste Länder, es braucht auch starke, selbstbewusste und informierte Bürger!

Meine Damen und Herren,

in einer Welt, die immer mehr zusammenwächst, in der Probleme schon lange nicht mehr an Grenzen halt machen und alles immer komplizierter, schneller zu werden scheint, wächst die Sehnsucht der Menschen nach Überschaubarkeit und nach verständlicher, verlässlicher Politik. Die Demokratie als Staatsform wird zwar von einer Mehrheit immer noch als gute Staatsform angesehen, aber mit ihrem Funktionieren sind weit weniger Menschen zufrieden,

wie neueste Umfragen belegen. Sie wird als mühsam und in ihren Entscheidungsprozessen als langwierig wahrgenommen. Sie befördert den Kompromiss, weniger jedoch klare Entscheidungen.

Hatte man nach der Wende geglaubt, Demokratie bekomme man schon irgendwie aus dem Fernsehen mit, so wissen wir heute: Das ist nicht so! Demokratie muss man erlernen.

Ich appelliere daher an die Bürgerinnen und Bürger:

**Demokratie und Freiheit sind kein Zustand**, sondern müssen **immer wieder neu erkämpft und verteidigt** werden - Tag für Tag. Demokratie und Freiheit überleben im Alltag nur, wenn sich ein Jeder zu seiner Verantwortung bekennt. Das macht Demokratie zwar anstrengend. Aber auch besser als alle anderen Staatsformen. In keiner anderen Staatsform können Konflikte friedlicher und menschenwürdiger gelöst werden als in der Demokratie! Das immer wieder – auch und gerade der Jugend klar zu machen - das ist die Aufgabe aller Demokraten in Parlament und Gesellschaft.

Das, meine Damen und Herren Abgeordnete, liebe Bürgerinnen und Bürger, das ist unsere gemeinsame Aufgabe. Und dieser Aufgabe sollten wir versuchen, gerecht zu werden.

Sich einzubringen in Planungen, Prozesse und Entscheidungen, teilzunehmen am sozialen Umfeld, das ist für unsere Gesellschaft unerlässlich. Die Demokratie braucht das Engagement, die Ideen und die Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Dazu zählt auch das ehrenamtliche Engagement – in den Städten und Gemeinden, in den zahlreichen Verbänden und Vereinen des Landes. Viele Menschen leisten schon heute Außerordentliches im ehrenamtlichen Bereich. Das gilt auch und vor allem für den Sport, der eine außerordentlich wichtige Rolle nicht nur für die persönliche Gesunderhaltung, sondern auch für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft spielt. Es gilt auch für die Feuerwehr und die Kleingärtner und viele andere. Früh übt sich, deshalb begrüße ich es sehr, wenn sich vor allem auch junge Menschen engagieren. Auf Grund der demographischen Entwicklung sind aber auch die Senioren gefordert, das ehrenamtliche Engagement noch stärker für sich zu entdecken.

Eine starke und engagierte Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern ist zugleich die beste Versicherung gegen jede Form von Extremismus. Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Aufbau und die Verbesserung ihres Gemeinwesens einsetzen, sind nicht empfänglich für dumpfe Parolen und Gewalt. Sie wissen, dass Intoleranz und Hass eine Gesellschaft immer nur weiter auseinander treiben und zerstören, niemals aber zusammenführen. Die Gesellschaft zusammenführen - das aber muss unser Ziel sein.

Meine Damen und Herren,

wir sind uns bewusst: Die große Mehrheit in unserem Land hält nichts von den neuen Nazis. Und das völlig zu Recht! Dennoch müssen wir die Wahlergebnisse der Rechtsextremen und vor allem die Ängste der Menschen, die bei der letzten Landtagswahl NPD gewählt haben, sehr ernst nehmen und uns damit auseinandersetzen. Nur in der inhaltlichen Auseinandersetzung können wir Demokraten sie stellen. Es geht darum, deutlich zu machen, dass die Rechtsextremen zwar schon immer auf alles scheinbar einfache Antworten hatten, aber noch nie Lösungen.

Die neue Landesregierung ist sich einig, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern große Bedeutung hat. Der Rechtsextremismus schadet unserem Land und dem Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern. **Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in Mecklenburg-**

**Vorpommern keinen Platz** – das müssen wir unseren Kindern, den Jugendlichen und auch den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern eindringlich vermitteln - in der Familie und im Freundeskreis, in den Bildungseinrichtungen, in den Vereinen und Verbänden. Wir dürfen diese Herausforderung dabei auf keinen Fall nur als „Kampf gegen Rechts“ betrachten - es geht vielmehr um einen konstruktiven Streit für mehr Demokratie und Toleranz.

Die Doppelstrategie von Repression und Prävention hat sich bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus bewährt und wird auch weiterhin verfolgt. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es null Toleranz gegen rechtsextremistische Straftäter; sie werden konsequent und mit Nachdruck verfolgt. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist jedoch vorrangig eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss daher aus der Mitte der Gesellschaft erfolgen, zumal die großen Volksparteien in Ostdeutschland weit weniger Mitglieder haben als in den alten Bundesländern. Alle sind gefordert – Familie, Schule, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine, Verbände und auch die Medien. Die Landesregierung wird die Jugendarbeit gezielt verstärken, die Aufklärung und die politische Bildungsarbeit intensivieren, um alle gesellschaftlichen Kräfte gegen den Rechtsextremismus zu mobilisieren. Der Handlungsrahmen für mehr Demokratie und Toleranz wird konsequent umgesetzt.

Meine Damen und Herren,

wie gut unsere Demokratie funktioniert, hängt nicht nur von den Parteien und den Politikern ab. Alle sind gefordert. Wir sind immer schnell dabei, Versäumnisse bei anderen zu suchen und dann Forderungen an die jeweils andere Seite zu stellen. Gerne werden auch Partikularinteressen mit dem Allgemeinwohl scheinbar gleichgesetzt. Viele vergessen dabei, auch einmal selbstkritisch vor der eigenen Tür zu kehren und zu überlegen, was sie selbst als eigenen, angemessen Teil zur Verbesserung des Ganzen beitragen können. Das gilt für die Wirtschaft und die Verbände genauso wie für die Medien. Es gilt aber auch für die Politik selbst.

Ich meine, wir Politiker müssen jede Gelegenheit nutzen, um den Bürgerinnen und Bürgern politische Zusammenhänge so zu erklären, dass sie auch verständlich werden. Es ist zum Beispiel ein Unterschied, ob Menschen wirklich verstehen, warum das Land sparen muss, oder dies bloß als Schikane wahrnehmen. Und es ist ein Unterschied, ob es gelingt, Eltern zu vermitteln, warum eine Schule im Dorf nicht mehr aufrecht erhalten werden kann oder ob sie das schlicht als Ungerechtigkeit wahrnehmen.

**Denn: Vertrauen braucht Verständnis.**

Politik muss auch lernen - und das ist nicht leicht - vor allem im Wettbewerb mit Populisten - ehrlich zu sagen, was sie leisten kann und was nicht. Wenn etwas nicht von heute auf morgen geht, wenn es ein langer beschwerlicher Weg sein wird bis zum Ziel, dann müssen wir Politiker es den Bürgerinnen und Bürgern auch klar sagen und sie nicht in falschen Hoffnungen wiegen.

**Denn: Vertrauen braucht Redlichkeit.**

Und, meine Damen und Herren, Politik muss den Mut haben, zu Entscheidungen zu stehen, auch wenn der Wind von vorne kommt.

**Denn: Vertrauen braucht Verlässlichkeit und Kontinuität.**

Meine Damen und Herren,

wir haben in den zurückliegenden Jahren gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den engagierten Kommunalvertretern und vielen anderen in unserem Land schon **viel erreicht**. Wir haben in den nächsten Jahren aber auch noch **sehr viel vor**.

Die neue Landesregierung hat ein klares Zukunftsbild und will dieses in den nächsten Jahren mit praktischen und ganz konkreten Schritten zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern im Land umsetzen. Wir wollen eine Zukunft aus eigener Kraft und gemeinsam mehr für unser Land erreichen. Zielstrebig gehen wir dabei unseren Weg von einer **Entwicklungsregion zu einer Zukunftsregion in Europa**.

Gemeinsam werden wir dabei erfolgreich sein.

Erfolgreich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

Erfolgreich im Interesse unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern!